

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Druckerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden bei 6spaltigen Zeilen mit 80 Pf. berechnet, bei dreispaltigen Erhebung mit 100 Pf. gerechnet. Vereinsanzeigen 25 Pf. Insetate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 13.

Dresden, Freitag den 17. Januar 1913.

24. Jahrg.

Wegen Spionage wurde von dem Reichsgericht der siebenjährige alte Kaufmann Borg aus Weiskens zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Wahlprüfungs-Kommission erklärte die Wahl des Genossen Haupt für ungültig.

Nach einer Meldung des Vorwärts sind die Tarifverhandlungen im Holzgewerbe als gescheitert anzusehen. Es müsse für den 15. Februar d. J. (Termin des Ablaufs des Tarifs) mit einer Ausperrung von fünfzigtausend Arbeitern gerechnet werden.

Der Verbandstag der Bauarbeiter beschloß mit 807 gegen 97 Stimmen im Prinzip die Erwerbslosenunterstützung.

Der Dampfer Veronese ist an der Küste von Portugal gescheitert. Sechzehn Passagiere sollen ertrunken sein.

Kein Brotwucher in England.

Von unserem Korrespondenten.

1k. London, 15. Januar.

Die Krise in der konservativen Partei hat einen vorläufigen Abschluß gefunden. Der Führer der Partei, Bonar Law, hat auf eine von 232 Abgeordneten, also von nahezu der ganzen konservativen Unterhausfraktion, unterschriebene Petition, die unter Sozialitätsbeteuerungen den Führern gegenüber die Ausschaltung der Lebensmittelpolitik vom nächsten Wahlprogramm verlangte, am 14. d. M. geantwortet. Die Antwort verrät dieselbe unglückliche Stumpfheit, wie alles, was Herr Bonar Law sagt und schreibt. Die Differenz in der Partei wird als eine methodische, aber nicht prinzipielle hingestellt, die aber doch so wichtig ist, daß die Führer in den beiden Häusern des Parlaments, Lord Lansdowne und Bonar Law selbst, es vorgezogen hatten, von der Führerschaft zurückzutreten. Nur der eindringliche Wunsch der ganzen Partei habe sie dazu bewogen, auf dem Plage zu bleiben.

Kurz, die Lebensmittelpolitik scheidet offiziell und formell aus dem unmittelbaren Programm der konservativen Partei aus. Augenblicklich ist die Stellung der Partei die, daß Nahrungsmittpolitik nur eingeführt werden, wenn eine Kolonialkonferenz sie verlangt und das englische Volk darauf in einer neuen allgemeinen Wahl dem Vorschlag zustimmt. Also das vor einigen Wochen von Lansdowne und Law scheinbar abgelegte Referendum Balfours wird jetzt in Form einer zweiten allgemeinen Wahl in Gnaden wieder aufgenommen. Die Schutzzöllner haben ihre ruhmreiche Flagge geschwenkt und Lord Northcliffe mit seiner Times und Daily Mail triumphieren.

Bezeichnet das neue Programm der Konservativen den Anfang vom Ende der ganzen Schutzzöllnerei? Bezeichnet es das Ende der Träume von kolonialen Vorzugszöllen und dem Reichszollverein? Oder können, wie die Times beteuern, Schutzzölle auch ohne Lebensmittelpolitik eingeführt werden? Wird sich die konservative Partei nunmehr mit um so größerer Macht auf reine Industriezölle werfen? Oder ist endlich das neue Programm nur ein momentaner Schachzug, um die Angst der Arbeiterwähler vor den Lebensmittelpolitik einzulösen, bis man wieder glücklich im Regierungssattel sitzt?

Es kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß das letztere wenigstens der Absicht nach die wahre Sachlage darstellt. Der letzte Frontwechsel der unionistischen Partei ist kein Ausfluß neuer Ueberzeugungen, es sei denn der, daß die Partei keine Mehrheit bei den Wahlen gewinnen kann, solange sie den Arbeitern teure Lebensmittel in Aussicht stellt. Das wird auch von den gegenwärtigen Gegnern der Lebensmittelpolitik mit jammervoller Offenheit zugegeben. Sind die Konservativen erst nur so zur Regierung gelangt, dann können andere Zeiten andere Mittel erfordern und die Lebensmittelpolitik im Programm eingeschmuggelt werden. Für diese Zeit hält sich wohl Herr Austen Chamberlain in Bereitschaft, der seinen Führern zwar auch jetzt kein bleiben will, aber die Verantwortung für die neue Politik nachdrücklich ablehnt. Die konservative Partei wird, ob sie es will oder nicht, bei der nächsten Wahlkampagne dazu gedrängt werden, ihre Agitation in den industriellen Wahlkreisen auf die Industriezölle zu konzentrieren. 1. weil sie nur so auch nur einen Schein der Wahlgewinnstreue retten kann, 2. weil sie außer diesen Zöllen den Arbeitern nichts, aber auch absolut gar nichts zu bieten hat. Es fragt sich nur, ob sich die Industriezölle als ein erfolgreiches Mittel zum Stimmengewinn erweisen werden. Das kommt in erster Linie von der Wirtschaftskonjunktur, in der die Wahlen stattfinden werden, ab. Zur Zeit einer Geschäftsflaute, wie die augenblicklich herrschende, ist an eine Anziehungskraft auch der reinen Industriezölle gar nicht zu denken.

Die ganze Schutzzöllnerei hat seit ihrem Anfang im Jahre 1868 in einem wesentlichen Punkte ihren Charakter geändert. Damals führte sich die englische Industrie von der ausländischen Konkurrenz am Weltmarkt bedroht. Hätte Chamberlain damals auf seine reichseinkaufende Ideologie und damit auf die Lebensmittelpolitik verzichtet, dann hätte er die reinen Industriezölle wahrscheinlich das ganze Land, einschließlich der liberalen Partei, mit sich gerissen. Heute ist

die Situation ganz anders. Die englische Industrie hat nie glänzender dagestanden als heute, und mit dem Verlust der absoluten industriellen Weltbeherrschung haben sich die Engländer schon längst abgefunden. Für die herrschenden Klassen ist die Bedeutung der Schutzzölle heute eine überwiegend finanzielle. Sie erscheinen ihnen als das einzige Mittel, die wachsenden Staatsausgaben auf Rüstungen und unermessliche Sozialreformen, ohne immer stärkere Heranziehung der besitzenden Klassen zu den Steuerlasten, zu bestreiten. Das haben die Arbeiter durchschaut und sie werden es auch bei den nächsten Wahlen schwerlich vergessen.

Der Rückzug der englischen Brotwucherer ist eine schwere Niederlage der wirtschaftlichen und politischen Reaktion und ein unverkennbarer Sieg der Arbeiterklasse. Er ist aber auch eine schlaue Konzeption, um die Arbeiter einzuschüchtern. Das Wandern wird jedoch kaum gelingen. Die englischen Arbeiter sind mit Konzeptionen wohl noch einzufragen, aber es müssen positive Konzeptionen sein, nicht negative.

Balkanperspektiven.

Von unserem Korrespondenten.

Sofia, 15. Januar.

Wie schwer es auch sein mag, in allen Einzelheiten die Veränderungen vorauszufragen, die der Krieg im sozialpolitischen Leben Bulgariens hervorgerufen wird, die Grundlinien dieser Veränderungen lassen sich jetzt schon klar erkennen. Die Lage, die der Krieg schafft, bietet wenig erfreuliches, besonders hinsichtlich der sozialen Reformen, deren das Land so sehr bedarf.

Wie überall, so werden auch in Bulgarien soziale Reformen fast ausschließlich von der sozialistischen Partei gefordert. Infolge von Fraktionsstreitigkeiten war die Partei in den letzten Jahren allerdings so schwach, daß sie unmittelbaren Einfluß auf die Gesetzgebung nicht ausüben konnte, aber ihre langjährige Tätigkeit hat der Bevölkerung, besonders den arbeitenden Massen, die Notwendigkeit und Nützlichkeit sozialer Reformen doch so tief eingeprägt, daß jede Regierung, welcher Partei sie auch angehört, gezwungen war, soziale Reformen zu versprechen. Das hat auch die gegenwärtige Koalitionsregierung, besonders ihr linker Flügel — die sogenannten Progressisten — getan, indem Gesetzesvorlagen über das gemeinliche Risiko, über die Gründung eines Arbeiterversicherungs-fonds, der alle bestehenden Fonds vereinigen sollte, über den Lohnvertrag, über Fabrikhygiene usw. in Aussicht gestellt wurden. Jetzt, nach dem Kriege, wird die Stimmung zugunsten dieser Reformen zweifellos sehr sinken. Der Handels- und Arbeitsminister sagte zwar mehr als einmal, daß die neue Lage ihn nicht zwingen könne, die vorgesehenen Reformen aufzugeben, aber es ist augenscheinlich, daß im besten Falle diese Reformen nur auf dem Papier aufgeführt werden können. Die Durchführung der Reformen ist in nächster Zukunft unmöglich; aus vielen Gründen, von denen der wichtigste die Angliederung neuer Länder an Bulgarien ist. Die neuen Gebiete sind weit zerstückelt, Bulgarien wird deshalb gezwungen sein, erst für die elementarsten Bedürfnisse der neuen Gebiete zu sorgen; für Gerichtsweesen, Verwaltung sowie auch für die Regelung der Agrarverhältnisse in Mazedonien. All dies wird viel Geld und viel Zeit kosten, und die Regierung wird mit dieser Belastung die Zurückstellung der sozialen Reformen begründen. Selbst der Druck derjenigen Volksschichten, die die Regierung auf die Bahn sozialer Reformen drängt, dürfte nachlassen. Denn sobald der Frieden geschlossen und sobald die neuen Gebiete an Bulgarien angegliedert sind, wird eine Masse arbeitsloser Intellektueller und Lohnarbeiter nach Mazedonien übersiedeln, um dort ihr Glück zu versuchen. Das kann selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf die Arbeiterorganisationen in Bulgarien bleiben, die ohnedies durch den Krieg sehr geschwächt sind.

Zwar ist im Lande ein Aufschwung der Industrie, besonders soweit der Eisenbahnbau in Frage kommt, zu erwarten. Dieser Aufschwung wird viel fremdes Kapital herbeilocken, aber es ist zweifelhaft, ob dies sofort der Entwicklung der Arbeiterorganisationen und der sozialistischen Partei förderlich ist. Dagegen gehen die nationalistischen Parteien gekräftigt aus dem Kriege hervor und diese werden sich aus eigennütigen Beweggründen der Monarchie und dem unvermeidlichen Militarismus nachgiebig zeigen. Ich sage: Dem unvermeidlichen Militarismus, denn zweifellos hat die Gebietsvergrößerung und die Erhöhung der Reibungsgefahr unter den Balkanstaaten eine Verstärkung des Heeres zur Folge. Außerdem bringt der Zugang zum neuen Meer sicher die Schaffung einer Kriegsmarine. Hand in Hand mit der Stärkung des Militarismus geht eine Kräftigung des Monarchismus — auch schon um deswillen, als die Erfolge des Krieges natürlich in erster Linie dem künftigen „Kriegsherrn“ zugeschrieben werden.

Was kann unter solchen Umständen die sozialistische Partei tun, die einzige Vertreterin der arbeitenden Klassen, die einzige ernste Gegnerin des Militarismus in Bulgarien? Ihre Wirksamkeit wird sehr erschwert, ihre Propaganda, mindestens in der ersten Zeit nach dem Kriege, sehr unpopulär sein. Der Agitation gegen den Militarismus werden die großen Siege und die „befreiten“ Gebiete entgegengehalten

werden. Und die Arbeitermassen sind vor allem von dem Wunsche befeuert, für ihre hungernden Familien zu sorgen. Schon die Tatsache, daß man vor der Mobilisierung keinen Massenprotest gegen den Krieg organisieren konnte, bezeugt deutlich die Entmutigung und Desorganisation der Arbeitermassen. Daran ist auch der Zwist der sozialistischen Fraktionen nicht wenig schuld, der lähmend auf alle Massenaktionen einwirkt.

Die Angliederung der eroberten mazedonischen Gebiete an die einzelnen Balkanstaaten kann zudem die mazedonische Wirren nicht beseitigen. Es ist unmöglich, die Staatsgrenzen gemäß der bunten Ethnographie Mazedoniens zu ziehen. Wie man auch die Grenzen ziehen mag, ein Teil der bulgarischen Bevölkerung wird Serbien zufallen, ein Teil der griechischen wird Bulgarien einverleibt werden usw., und das muß in Zukunft die nationalen Reibungen unter den Balkanstaaten nur noch mehr verschärfen. In einem selbstständigen Mazedonien dagegen könnte jede Nationalität ihre Autonomie erlangen, und dies wäre zugleich der erste Schritt zu einer allgemeinen Balkanföderation. In diesem Falle gäbe es keinen Reid und keine Zwietracht unter den verbündeten Staaten, und es gäbe auch keinen Zwist mit Rumänien, der jetzt so starke Befürchtungen erweckt.

Fortsetzung des Krieges oder der Verhandlungen?

Wie die Neue Freie Presse aus Konstantinopel zu berichten weiß, haben die Vorkämpfer der Großmächte in Konstantinopel der Pforte die Kollektivnote endlich überreicht. Man habe nach langen Verhandlungen über Inhalt und Form beschlossen, der Türkei den Rat zu geben, auf Adrianopel zu verzichten, dagegen hätten die Großmächte in der Frage der ägäischen Inseln nicht ganz den Standpunkt des Balkanbundes eingenommen, sondern sich der Auffassung der Türkei genähert. Sie dürften ihren Einfluß dazu benutzen, der Türkei in der Frage der ägäischen Inseln zu einem Erfolge zu verhelfen.

Ob die Note der Großmächte Erfolg haben wird, ist sehr zweifelhaft, wie folgendes Telegramm beweist:

Konstantinopel, 16. Januar. In den Kreisen der Pforte wird erklärt, daß die von den Vorkämpfern überreichte Kollektivnote der Mächte vollständig resultatlos bleiben werde, da die Türkei nicht auf Adrianopel verzichten könne. Uebrigens genötigt die Militärpartei, die unbedingt auf Fortsetzung des Krieges besteht, auch weiterhin die Oberhand. Wie verlautet, hat die Regierung bereits die Einberufung der Altersklassen von 44 bis 46 Jahre beschlossen.

Mit ähnlichen Drohungen arbeiten die Verbündeten. Wie wir meldet, wurde in dem in Mustafa Pascha unter dem Vorhild des bulgarischen Königs und in Anwesenheit des Gehilfen des Generalissimus, der Kommandanten der vier Armeen und des Chefs des Großen Generalstabs abgehaltenen Kriegsrats beschlossen, die Kriegsoperationen wieder aufzunehmen, falls die Türkei nach der Demarche der Mächte und nach Ueberreichung des Ultimatus der Balkanstaaten, das dieser Demarche folgen soll, sich nicht beugen würde, unter den von den Verbündeten gestellten Bedingungen Frieden zu schließen.

Massaker auf der Insel Tenedos.

Konstantinopel, 16. Januar. Ein Bericht besagt, daß ein großes Massaker unter den Muslimen auf der Insel Tenedos stattgefunden hat. Die Griechen auf der Insel waren über die Muslimen erbost, weil diese bei dem Ausfall der türkischen Flotte aus den Dardanellen die türkische Flotte hätten helfen wollen. Die Griechen drangen in das von den Muslimen bewohnte Viertel ein und massakrierten die Bewohner. Die Pforte wird die Tatsache den Mächten unterbreiten.

Italiener und Griechen.

Athen, 16. Januar. Nach neuen Nachrichten aus Rhodus haben die italienischen Behörden der griechischen Bevölkerung alle Grundgebungen für eine Vereinigung der Insel mit Griechenland streng untersagt. In Simi wurden die anlässlich des Weihnachtsfestes gehißten griechischen Flaggen von den Italienern heruntergeholt. Protestierende Griechen wurden verhaftet. In Chios und Lemnos fanden anlässlich des orthodoxen Neujahrsfestes größere Kundgebungen für die Union mit Griechenland statt.

Das Ende der Prochaska-Ära.

Belgrad, 16. Januar. Die von Oesterreich-Ungarn geforderte militärische Ehrenbezeugung vor dem österreichisch-ungarischen Kommandanten in Przibrod hat gestern stattgefunden. Derselbe vertiefte programmäßig ohne jeden Zwischenfall. Nach feierlicher Diktion der österreichisch-ungarischen Flagge stattete Konful Prochaska dem serbischen Kommandanten einen Besuch ab.

Ein neues Schamäkel bei Dertol.

Konstantinopel, 16. Januar. Bei Dertol fand ein neuer Zusammenstoß zwischen Bulgaren und Türken statt. Die Bulgaren hatten über 70 Tote und Verwundete. Die Türken hatten acht Verwundete, welche heute hierher gebracht wurden. — Oberst Ender bei wurde zum Generalstabschef des 10. Infanteriekorps ernannt.

Rumäniens Einbläser.

th. Wien, 15. Januar.

Die Haltung Rumäniens bietet den stärksten Grund für die Hartnäckigkeit der Türken. Doch wer hat den Rumänen gemacht, Silistria, weil es den Uebergang über die Donau